

Merkblatt zum Gewässerschutz bei Baumaßnahmen

Nachfolgende Punkte sind bei Baumaßnahmen am und im Gewässer bzw. Oberflächenwasserkörper zu beachten:

Grundsatz: Der Schutz des Gewässers steht an oberster Stelle.

1. Ufergehölze und uferbegleitende Vegetation dürfen nur so weit entfernt bzw. beeinträchtigt werden, wie für die Baudurchführung unbedingt erforderlich.
2. Der Eintrag von technischen und chemischen Fremdstoffen ins Gewässer ist auszuschließen.
3. Baumaterialien und Bauhilfsstoffe sind außerhalb des hochwassergefährdeten Bereiches zwischenzulagern.
4. Arbeiten sind nach Möglichkeit immer vom Ufer aus durchzuführen, unter Berücksichtigung aller möglichen Schutzmaßnahmen des Uferbewuchses und der vorhandenen -strukturen.
5. Sollen Arbeiten im benetzten Uferbereich und/oder der Gewässersohle durchgeführt werden, ist rechtzeitig im Vorfeld der Maßnahmendurchführung die Notwendigkeit einer Elektroabfischung beim jeweiligen Fischereipächter oder bei der zuständigen Fischereibehörde abzufragen.
6. Arbeiten an der Gewässersohle sind auf das unbedingte Minimum zu reduzieren. Zum Abschluss der Arbeiten an der Gewässersohle muss der ökologische Zustand mindestens dem Zustand wie vor der Baumaßnahme entsprechen. Das heißt Tiefen- und Strömungsvarianz sowie die Sohlsedimentstruktur sind zu erhalten oder zu verbessern.
7. Ist der Einsatz von Technik im Gewässer bzw. in der fließenden Welle unvermeidbar, gelten folgende Maßgaben:
 - a. Gewässerzufahrten sind derart geeignet zu befestigen bzw. zu sichern, dass der Eintrag von Feinanteilen und Schwebstoffen in die fließende Welle minimiert werden. Z. B. die Befestigung der Gewässerzufahrt mit Betonplatten oder groben Steinschüttungen.
 - b. Baumaterialien und Bauhilfsstoffe dürfen unter keinen Umständen im Gewässer bzw. in der fließenden Welle zwischengelagert werden. Eine Ausnahme besteht darin, mit zu verwendendes naturnahes Baumaterial als Fahrauflage für die Technik zu nutzen, z. B. große Steine oder Baumstämme, an denen keine Feinbestandteile haften.
 - c. Das Fahren im Gewässer bzw. der fließenden Welle ist auf ein unbedingtes Minimum zu reduzieren.

Sind aus bautechnischen Gründen die Zwischenlagerung von Baumaterialien und Bauhilfsstoffen im unmittelbaren Baubereich zwingend erforderlich, sind geeignete geschlossene Lagerplätze zu schaffen, z. B. die Ladefläche eines Dumpers oder eines LKW.

8. Notwendige Wasserhaltungen sind so herzustellen, dass ein Eintrag von Feinsediment und Schwebstoffen in die fließende Welle minimiert werden.

Zulässig sind dafür ausschließlich:

- a. Spundwände,
- b. verschlossene Big-Bags, die außerhalb des Gewässers befüllt und entleert werden
- c. zur Gewässersohle hin geschlossene Kastenfangedämme, die außerhalb des Gewässers befüllt und entleert werden
- d. Betonplatten mehrreihig verlegt mit innenliegender Sandsackdichtung

Unzulässig sind:

- a. zur Gewässersohle hin offene Kastenfangedämme in Form von befüllten Grabenverbauelementen
- b. offene Big-Bags, soweit die Oberkante der Big-Bags niedriger als der bordvolle Abfluss liegt,
- c. Erdschüttdämme bzw. Verwallungen

Ausnahmen und Detaillösungen sind mit der zuständigen Wasserbehörde abzustimmen.

Besonderheiten beim Umgang mit Beton und sonstigen hydraulisch gebundenen Baustoffen

Der nachfolgend genannte Begriff „Beton“ umfasst sowohl alle Mörtel- als auch Betonarten.

- 9. Der frische Beton darf nicht mit der fließenden Welle in Berührung kommen.
- 10. Die Betontransportfahrzeuge und alle bautechnologisch zum Betonherstellen und dessen Verarbeitung genutzten Geräte, Materialien und Arbeitsmittel dürfen nicht am Gewässer gereinigt werden. Betonhaltiges Abwasser darf nicht ins Gewässer gelangen oder durch eventuelle Niederschläge ins Gewässer gespült werden.
- 11. Frischbeton darf das Wasser in der Baugrube nur verdrängen, wenn es sofort abgepumpt und separat aufgefangen und bis zur Unschädlichkeit oder Neutralisation zwischengespeichert werden kann. Nach Möglichkeit ist die Baugrube vor der Betonage trocken zu legen.
- 12. Wasser, das längere Zeit über abgeordneten Beton gestanden hat, darf nicht sofort in die fließende Welle zurückgeführt werden, es ist zwischen zu speichern.
- 13. Kann eine Baugrube während der Abbindezeit des Frischbetons nur mit laufender Wasserhaltung beherrscht werden, darf das anfallende Wasser nicht direkt in die fließende Welle abgeleitet werden. Für die Zwischenspeicherung ist ein ausreichend großes Volumen vorzuhalten.
- 14. Muss stark alkalisches Wasser aus der Zwischenspeicherung der Wasserhaltung in das Gewässer zurückgeführt werden, so ist dies nur mit ausreichendem Verdünnungsverhältnis möglich. Das Eintragswasser darf den pH-Wert 9,0 keinesfalls übersteigen und günstigstenfalls unter 8,0 liegen.

Hinweise des Anglerverbandes Sachsen für Bauarbeiten in und an Fließgewässern

Fließgewässer sind unabhängig von ihrer Größe Lebensräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, welche nur unter diesen spezifischen Umweltbedingungen leben können. Jeder Eingriff in diese sensiblen Biotope sollte deshalb mit größter Rücksicht und nur im unbedingt notwendigen Rahmen erfolgen.

Bei notwendigen Baumaßnahmen in und an Gewässern sind nachstehende Hinweise zu beachten:

1. Bei notwendigen Sohlberäumungen sind diese nur auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Dabei sollten keine „Autobahnen“ entstehen. Mehrere Störsteine, kleine Abstürze oder partielle Sohlvertiefungen sollten bestehen bleiben bzw. nach Abschluss der Beräumung wieder geschaffen werden. Sie unterstützen die Sauerstoffanreicherung im Wasser, die Selbstreinigungskraft des Gewässers und bieten den Fischen und anderen Organismen eine Chance zur Wiederbesiedlung des beräumten Gewässerabschnittes.
2. Bei Bauarbeiten im Gewässer und auch bei Abbrucharbeiten ist der Eintrag von Schwebstoffen durch geeignete Maßnahmen zu minimieren. Schwebstoffe und Feinsedimente belasten die Kiemen der Fische insbesondere der Fischbrut und behindern so deren Atmung. Des Weiteren wird das Lückensystem des Gewässergrundes, Lebensraum vieler Wasserinsekten, deren Larven, Muscheln und Schnecken vernichtet.
3. In der Sächsischen Fischereiverordnung vom 04.07.2013 ist im § 14 geregelt, dass spätestens 21 Tage vor Baubeginn dieser vom Gewässerunterhaltungspflichtigen der Fischereibehörde und dem Fischereiausübungsberechtigten anzuzeigen ist. Das Unterlassen dieser Anzeige kann als Ordnungswidrigkeit nach § 39 Nr. 11.a SächsFischVO geahndet werden.
4. Bei Errichtung von Fangdämmen bzw. Wasserhaltungen in denen Fische verbleiben, ist der Fischereiberechtigte umgehend zu informieren, um die sachgemäße Bergung der Fische mittels Elektrofischung veranlassen zu können. Die zuständige Fischereibehörde kann dazu die notwendigen Auskünfte erteilen. Im Direktionsbezirk Chemnitz ist diese zu erreichen unter der Telefon-Nummer 0371/5322849 oder per FAX 0371/5321819.
5. Besondere Aufmerksamkeit und Vorsicht erfordert der Umgang mit Wasserschadstoffen. Insbesondere ist durch geeignete Maßnahmen zu verhindern, dass Kraftstoffe und Öl durch Baumaschinen in das Gewässer gefangen. Beton/Zementschlämme bewirken im Gewässer eine schnelle Erhöhung des pH-Wertes, welcher die Kiemen der Fische verätzt und damit Fischsterben verursacht. Wasserhaltungen und Schalungen sind demzufolge so zu sichern, dass keine Abschwemmungen erfolgen können.

Hinweise für die Ausführung von Baumaßnahmen an Gewässern

1. Die Vorhaben sind antragsgemäß unter Einhaltung der behördlichen Entscheidungen und dazu ergangener Nebenbestimmungen auszuführen. Änderungen und Abweichungen bedürfen der Zustimmung der zuständigen Behörden. dies trifft insbesondere auch zu, wenn bisher nicht benannte Baumfällungen und Rodungen vorgenommen werden sollen. Bei grundsätzlichen Änderungen und Wesentlichen Abweichungen ist ein neuer Antrag auf Wasserrechtliche Gestattung zu stellen.
2. Aufgaben und Pflichten der am Bau Beteiligten für Vorbereitung, Überwachung und Ausführung des Vorhabens ergeben sich nach §§ 67b, 67c, 67d, 67e Sächsisches Wassergesetz.
3. Der Beginn der Ausführung und die Fertigstellung der Vorhaben sind der zuständigen Behörde rechtzeitig anzuzeigen.
4. Die Wasserrechtliche Abnahme ist bei der Unteren Wasserbehörde rechtzeitig zu beantragen. Sie ist nicht identisch mit der VOB-Abnahme und setzt die abgeschlossene Ausführung unter Einhaltung der behördlichen Entscheidungen und Nebenbestimmungen sowie die Vorlage von geforderten Nachweisen und Unterlagen voraus.
5. Die Grundsätze des Gewässerschutzes entsprechend § 1a Abs 1 und 2 WHG i. V. m. § 3 Abs 1, 2 und 3 SächsWG sind zu beachten. Das heißt insbesondere, dass eine Verunreinigung des Gewässers durch Abschwemmen oder einbringen von Feststoffen mit der Folge der Trübung des Wassers und der Verschlechterung seiner Güte ausgeschlossen ist,
 - Hochwasserschäden und Erosionen des Bodens verhütet Werden,
 - Bau-, Abbruchmaterialien und dgl. nicht im Gewässer und an den Ufern gelagert s. dennoch in das Gewässer gelangtes Material innerhalb einer Tagschicht beräumt wird, damit eine erhebliche Beeinträchtigung des Abflussgeschehens ausgeschlossen wird,
 - nur intakte Baumaschinen und Geräte eingesetzt werden,
 - die Baumaschinen und Geräte nach der Tagesarbeit so abgestellt werden, dass auch bei sich plötzlich verändernder Wasserführung (z. B. durch ein Starkregenereignis) eine Beeinträchtigung des Gewässers ausgeschlossen ist.
6. Vorhandener Baumbestand und die natürliche Uferbestockung sind zu schonen. Für den Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen ist DIN 18920 einzuhalten. Beabsichtigte Beseitigung von Flurgehölzen (Baumfällungen) und der Zeitpunkt der Ausführung sind ausdrücklich mit dem Antrag auf Wasserrechtliche Genehmigung zu benennen.
7. Werden bei der Durchführung der Baumaßnahme Wassergefährdende Stoffe (Altablagerungen) angetroffen, sind diese schadlos zu beseitigen. Die zuständige Wasserbehörde ist hiervon unverzüglich zu unterrichten.
8. Sollten im Zuge der Baumaßnahme Fundstellen von Bodendenkmälern angeschnitten werden, so ist unverzüglich die Untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen. Dies gilt auch für Feldkreuze, Grenzsteine mit Inschriften u. ä.
9. Nach Abschluss der Arbeiten ist die Baustelle zu beräumen und die Geländeoberfläche entsprechend den örtlichen Gegebenheiten wieder herzustellen.

10. Die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften und Arbeitsschutzbestimmungen sind einzuhalten.
11. Die Unterhaltung des Gewässers und von im Gewässerbereich befindlichen Bauwerken regelt sich nach dem Sächsischen Wassergesetz. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass der Durchflussquerschnitt von Brücken, Durchlässen, Verrohrungen, Düken und anderen Durchleitungsbauwerken sowie Rechen von Treibgut und Eis freizuhalten ist.
12. Aus der wasserrechtlichen Gestattung erwächst dem Antragsteller kein Anspruch irgendwelcher Art gegenüber dem Freistaat, dem Kreis, der Gemeinde oder einer sonstigen Körperschaft. Er kann daher auch keine Ersatzansprüche stellen oder Abhilfemaßnahmen verlangen, wenn der Neubau durch Hochwasser, Uferabriss oder ein sonstiges Naturereignis gefährdet, beschädigt oder zerstört wird.
13. Der Antragsteller haftet im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden und Nachteile Dritter, die nachweislich infolge des Vorhabens entstehen.